

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 03.12.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:50 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:30 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 17:35 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Werner Misch CDU

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmung:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 Personalkosten, allgemeine Finanzwirtschaft,
Abschlussberatung
Vorlage: V/2013/12027
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012 Personalkosten, allgemeine Finanzwirtschaft, Abschlussberatung Vorlage: V/2013/12027

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Krause, Herr Knöchel, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Weihrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Geier, Herr Lork (Vorstand participationsmanagement Anstalt) und Herr Rauschenbach.

Nach Rückfrage von Herrn Dr. Meerheim erklärten sich alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen mit dem Rederecht für Herrn Rauschenbach (Sparberater der Stadt) einverstanden.

Veränderungen

Herr Geier erläuterte die Veränderungen (Tischvorlage mit Stand vom 26.11.2013) ausführlich. In ihnen seien die Änderungsanträge auch in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Der Saldo aller Änderungen betrage -427 T€. Es wurden Änderungen im Ergebnisplan, im Finanzplan und in der mittelfristigen Planung vorgenommen. Im Ergebnisplan (siehe Seiten 1 und 2) bestehe noch eine Deckungslücke in Höhe von 229 T€. Es werde daran gearbeitet, zur Sondersitzung des Finanzausschusses am 10.12.2013 einen Vorschlag zu unterbreiten.

Die Deckung für den Änderungsantrag der Wirtschaftsförderung wurde im Jahr 2014 aus Dienstbarkeiten aus Leitungsrechten und aus der Absenkung der Bezuschussung an den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung ab 215 ff. gesichert.

Für die Theater, Oper und Orchester GmbH wurde die Planung lt. geltendem Stadtratsbeschluss vorgenommen. Die Diskussion im Landtag und die neuen Theaterverträge sollten abgewartet werden, bevor Änderungen im Haushalt vorgenommen werden. Der fehlende Wirtschaftsplan sei nicht optimal, stelle jedoch keine Rechtswidrigkeit dar, da er kein Bestandteil, sondern Anlage zum Haushaltsplan der Stadt sei. Aufgrund der aktuellen Diskussion im Landtag sollte der städtische Haushalt nicht aufgehoben werden, auch wenn Kürzungen avisiert wurden. Ein Strukturanpassungskonzept stehe in Rede und ein aktueller Vertrag mit dem Land müsse auch noch abgeschlossen werden

Herr Rauschenbach informierte, dass die Verhandlungen im Frühjahr des nächsten Jahres abgeschlossen sein sollten.

Einige Mitglieder avisierten Fragen zur allgemeinen Finanzwirtschaft bezüglich der EVG. Diese werden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

(16:50 Uhr – Herr Bönisch kam in die Sitzung.)

Mittelfristplanung

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Auflösung der Rückstellung für die HAVAG in Höhe von 10 Mio. € planmäßig und ergebnisneutral erfolge. Die Liquidität in dieser Höhe gehe an die HAVAG und erhöhe den Kassenkredit. Diese Maßnahme sei in der Mittelfristplanung berücksichtigt und im Jahresabschluss genau sichtbar.

Herr Rauschenbach fügte an, dass der Ansatz mit den Planungen des Stadtwerkekonzerns abgestimmt sei.

Aufgrund einer Nachfrage führte Herr Geier aus, dass die Prüfung der Veränderungen aufgrund der Steuerschätzung November noch nicht abgeschlossen sei.

Beteiligungsbericht 2012

Herr Lork gab anhand einer Präsentation einen Überblick über den Beteiligungsbericht 2012 sowie einen aktuellen Ausblick.

Saalesparkasse

Die Mitglieder baten um einen Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der Saalesparkasse.

Wie wurde der Vorschlag der BMA umgesetzt?

Welche Perspektiven gibt es?

Wo gibt es Berührungspunkte (in welchen Bereichen) zwischen der Verwaltung und der Saalesparkasse?

Welche Verträge oder Vereinbarungen liegen konkret vor?

Wie werden das Spendenverhalten und das Sponsoring der Saalesparkasse neu geordnet?

Termin: Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 10.12.2013

Strategische Planungen für 2014

Auf Nachfrage erläuterte Herr Lork, dass für 2014 die Zusammenarbeit von HWG und GWG, die Kultur, das MMZ, die Arbeit der Wirtschaftsförderung und der EVG und evtl. der ZOO auf der Agenda stehen.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 6 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 6 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündliche Anfragen

Personal

Die Mitglieder baten um eine Aufstellung aller Veränderungen zwischen dem Stellenplan 2013 und der von der Verwaltung gewünschten Endfassung 2014 (ohne kw-Stellen).

Termin: 6.12.2013 per Mail

(17:35 Uhr – Frau Hintz verließ die Sitzung.)

Durch ein Mitglied wurde nach einer evtl. Strategie bei den Beamtenstellen gefragt. Wann werde eine Stelle umgewidmet? Es wurde auf die FBL Planen und Sicherheit abgezielt.

Herr Geier bezog sich in seiner Erläuterung auf den klassisch hoheitlichen Bereich. Im Ausnahmefall werden bei externen Stellenneubesetzungen Stellen umgewidmet, wenn der beste Bewerber den Zuschlag erhalten soll, dieser aber die Stelle nur antritt, wenn er seinen Status aus dem vorherigen Arbeitsverhältnis mitnehmen kann.

Die Übersicht zur Annahme der personalwirtschaftlichen Modelle wurde kritisiert. Es wurde eine geschäftsbereichsbezogene Darstellung erwartet. Die Kopplung an die kw-Stellen sei nicht ersichtlich gewesen.

Die Verwaltung sollte deutlich festlegen, was unter Gleichbehandlung bezüglich der Nutzung der Modelle gemeint ist.

Durch die Verwaltung sollten feste Kriterien festgelegt werden, unter welchen Voraussetzungen die MitarbeiterInnen die Modelle in Anspruch nehmen können, um willkürliche Entscheidungen auszuschließen.

Die Verwaltung wurde um die Vorlage zu veränderten kw-Stellen in der morgigen Sitzung gebeten. Herr Geier sagte dies zu. Er wies darauf hin, dass ein vollständiges Material erst nach Abschluss der Diskussion von GB II erarbeitet werden könne.

Mehrere Mitglieder kritisierten, dass unbesetzte Stellen mit einem kw-Vermerk versehen wurden. Sie erwarten von der Verwaltung, dass diese aufgrund von Verwaltungshandeln eigenständig gestrichen werden, wenn sie nicht mehr benötigt werden.

Der Zeitdruck und die Fülle der Sitzungstermine sei zum Teil der Thematik nicht gerecht geworden.

Die Anzahl der momentan unbesetzten Stellen in der Verwaltung sei enorm. Zum 30.06.2013 waren 210 Stellen unbesetzt. Dies zeige die Potenziale in der Verwaltung. Es wurde ein diesbezüglicher Antrag avisiert.

Herr Geier appellierte daran, keine pauschalen Kürzungen vorzunehmen, da die unbesetzten Stellen immer im Einzelfall betrachtet werden müssen und ihre speziellen Gründe haben. Die finanziellen Effekte bilden sich in der globalen Minderausgabe ab. Die genehmigten Anträge durch die Fachbeigeordneten zu den personalwirtschaftlichen Modellen liegen noch nicht vollumfänglich vor. Für einen Blick über die Gesamtverwaltung seien diese jedoch entscheidend.

Von den Mitgliedern wurde betont, dass die Arbeit des Ausschusses für Personalbedarfsplanung im Jahr 2014 weitergehe und der Prozess der Optimierung der Verwaltung gemeinsam mit dieser fortgesetzt werde.

Eissport

Auf Nachfrage von Herrn Müller zum Stand der Vertragsunterzeichnung des Eisdoms wurde durch Herrn Rauschenbach informiert, dass Einigkeit über die Vertragsinhalte erzielt wurde.

Die Informationen wurden auch in der Arbeitsgruppe mit den Vertretern der Fraktionen gegeben. Der Vertrag sei noch nicht unterzeichnet, da ein Termin mit der Investitionsbank im Dezember 2013 abgewartet werden soll. Danach erfolgen die Diskussionen mit den Vereinen zu den Trainingszeiten.

zu 8 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin